Besonders werden dabei die Gesichtspunkte erörtert, die für die Bemessung der eingesetzten Schutzpolizeikräfte sowie für die Zurückhaltung der Reichswehr maßgebend waren. Daher haben die Kämpfe erneut bewiesen, daß die Bewaffnung der Schutzpolizei völlig unzureichend ist, da die Aufstände mit Maschinengewehren, Granatwerfern usw. weit besser ausgerüstet waren.

Die Denkschrift schließt mit einem Ueberblick über die bereits vorhandenen und über die geplanten Versorgungsbestimmungen der Schutzpolizei unter Hinweis auf die Notwendigkeit weitestgehender Berücksichtigung aller Polizeibeamten.

Ein Beiheft schildert die Entwicklung von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei. Die Schutzmannschaft wird von ihrer Gründung bis zum Umsturz verfolgt. Von Eingreifen der Sicherheitspolizei und schließlich die Bildung der jetzigen einheitlichen Schutzpolizei wird geschildert, deren Abwehrkampf in Zuständigkeit und Gliederung von den früheren Polizeiarten einer Gewerkschaft der staatlichen Beamten dargelegt.

Ein sehr reiches Bild über den Aufbau der ausländischen Polizeien bewegt, wie im Auslande, besonders in Frankreich, England, Italien usw., die Militärpolizei herrscht und zu weiterem Ausbau gelangt.

Die Schamlosigkeit, mit der die reaktionär-sozialistischen Publizisten der Bourgeoisie, die Gewerkschaftsführer, hier offen erklären, daß die „Polizeiaktion" eine Propagandaveranstaltung für den weiteren Ausbau der Schupo war, ist nicht mehr zu überbieten. Aber nicht nur der „deutschen Oeffentlichkeit" gegenüber soll die Propagandawirkung erzielt werden; an die Entente, die zum Scheine noch immer die Entwaffnungsfrage aufrollt, ist die Werbetätigkeit der für die „Sicherheit der Militärpolizei" Begeisterten gerichtet:

Es ist zu hoffen, daß diese Nachweise in Verbindung mit den Erfahrungen der Märzunruhen die Entente veranlassen, von weiteren Beanstandungen der deutschen Polizei abzustehen. Zweifelsohne hat das Preußische Ministerium des Innern bis an die Grenze des Möglichen alle darauf bezüglichen Forderungen der Interalliierten Militärkontrollkommission Rechnung getragen. Organisationsveränderungen dürfen hinaus würden Staat und Reich gefährden, zumal für die Verhinderung künftiger Putschversuche Vorsorge zu treffen ist.

Dabei hat die Entente schon bewiesen, daß sie im Interesse der deutschen und damit der eigenen Kapitalisten die „Verhinderung der Putschversuche" tatkräftigst unterstützt: in Wiesbaden die Belgier ihre Besatzungstruppen in Form einer „Polizeiaktion" auf die Kommunisten losgelassen. An Deutsch- und Grausamkeit haben diese blauen Ordnungsknechte sich durch unsere Grünen nicht beschämen lassen. Es ist überhaupt erst durch die offene Bereitwilligkeit der Entente, im besetzten Gebiet die Militärpolizei zu stellen, dem Ordnungsminister Severing möglich gewesen, die rheinländische Sipo und Reichswehr in Mitteldeutschland wüten zu lassen. Nicht der „lehrreiche Abstoß über den Aufbau der ausländischen Polizeien", sondern der lehrreiche Anschauungsunterricht in Nationen gegen revolutionäre Proletarier, den besonders die amerikanische und die englische Militärpolizei seit Jahrzehnten immerfort geboten haben, hat zur Entwicklung der deutschen Sipo, zur Uebernahme der erprobten Methoden des hochentwickelten amerikanischen und englischen Kapitalismus, zur blutigen Niederwerfung proletarischer Befreiungsbewegungen geführt. Deshalb brauchen die beauftragten Henker von Kapitals Gnaden sich nicht zu sorgen, wie hier:

Die Denkschrift stellt mit einem Beiheft wichtiges Material für Presse, Parlament und die gesamte Oeffentlichkeit dar, ist aber auch für das gesamte Ausland von Wert, so weit dieses einer sachlichen Auseinandersetzung überhaupt zugänglich ist.

Das „Ausland" hat bewiesen, daß es solchen Auseinandersetzungen nicht nur „zugänglich" ist, sondern daß es dem deutschen Kapital und seinem Polizeistaate praktische Hilfe leistet bei der Durchführung aller Aktionen, die der Niederknüppelung und Versklavung des deutschen Proletariats gewidmet sind. Hier kann die Arbeiterschaft das Wesen der aktiven Gegnerschaft erkennen lernen.

Das Aktenstück schließt mit folgendem erbaulichen Satze:

Die Arbeit läßt den ungeheuren Ernst der Polizeifrage für die weitere Zukunft von Staat und Reich erkennen und wird daher zu eingehenden Erörterungen Anlaß bieten.

Wir wollen hoffen, daß das deutsche Proletariat sich dieser Auffassung recht eindrücklich anschließt und sich die „Polizeifrage" gnar nicht zum Anlaß eingehender Erörterungen", aber zum emsigen Anspornen seines Kampfwillens und zur Kampfbereitschaft nimmt.

Aus der Internationale.

Die Exekutive und die Gruppe Serrati.

Fünf Mitglieder der Zentrale der V.K.P.D. haben ihren Austritt aus der Zentrale erklärt und begründet mit ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der Exekutive in der Frage der Spaltung der italienischen sozialistischen Partei.

Für jeden denkenden kommunistischen Arbeiter genügt die einzige Tatsache: Vor die Frage gestellt, mit den Reformisten oder mit den Kommunisten, hat die zentristische Führergruppe um Serrati 12 000 Reformisten zuliebe mit 60 000 kommunistischen Proletariern gebrochen. Diese Tatsache sagt mehr als alle Nebensätzen über das unitalische Vorgehen dieses oder jenes Vertreters der Kommunistischen Internationale. Für alle Mitglieder der deutschen Zentrale sollte dies klar sein.

In einer Kommunistischen Partei werden die Führer von den Arbeitern auf den Posten gestellt, den sie verlassen sie ohne Zustimmung der Partei ebensowenig recht haben, wie ein Hauptmann das Recht hat, seinen Wachtposten zu verlassen. Nur in bürgerlichen oder opportunistisch sozialistischen Parteien glaubt der Führer selbständig auch gegen den Willen der Parteimitglieder schalten und walten zu können. Jedenfalls waren die fünf Genossen verpflichtet, aus Rücksichten der italienischen Disziplin zunächst ihre Absicht, aus dem Zentralkomitee auszutreten, der Kommunistischen Internationale mitzuteilen.

Die Exekutive bedauert daher den Austritt der fünf Genossen aus dem Zentralkomitee der V.K.P.D. und erblickt in diesem Austritt:

1. Mangel an Disziplin in den führenden Schichten der V.K.P.D.

2. Die Bestätigung der Tatsache, daß sich innerhalb der Führerschaft der V.K.P.D. Ansätze zur Bildung eines rechten Flügels zeigen. Die Exekutive ist der Meinung, daß die wirklichen Motive des Austritts des Genossen Levi und seiner Gruppe aus der Zentrale der V.K.P.D. nicht die italienische Frage, sondern opportunistische Anwandlungen in deutschen und internationalen Problemen sind.

Allen bewußten Kommunisten Deutschlands muß es klar sein, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale sich das Ziel setzt, nicht Sekten, sondern wirklich aktive und revolutionäre kommunistische Massenparteien in jedem Lande zu bilden. Die Bemühungen der Exekutive, insbesondere auch in Deutschland, die Vereinigung des Spartakusbundes mit den revolutionären Elementen der früheren U.S.P. und der K.A.P.D. durchzuführen, um eine große kommunistische Massenpartei herauszubilden, sind ein genügender Beweis dafür. Der Versuch, die Ereignisse in der italienischen Partei als eine „mechanische Spaltung" darzustellen, bedeutet, daß der Urheber dieses Vorwurfs entweder über die wirkliche Lage in der italienischen sozialistischen Partei nicht informiert sind, oder daß diese Urheber in ihrer Argumentation dem menschewistisch-reformistischen Fahrwasser zutreiben.

Die Exekutive macht alle deutschen Kommunisten darauf aufmerksam, daß in den letzten Monaten sich in verschiedenen Ländern Elemente zur Ausbildung eines rechten Flügels des Kommunismus zeigen. Um so mehr müssen alle Kommunisten die Reihen schließen und entschieden diese Tendenzen im Keim überwinden.

Die Erklärung des Genossen Levi vom 23. März beweist, daß dieser Genosse schon knapp vor einem Bruch mit der Kommunistischen Internationale steht. Diese Tatsache sollte den Genossen, die bisher mit ihm solidarisch waren, zeigen, wohin sein Kurs geht, und ihnen helfen, ihren Irrtum einzusehen und zu korrigieren.

In der durch die letzten Märzkämpfe in Deutschland eröffneten Periode werden für Richtungsunterschiede nicht mehr die mehr oder minder durchdachten Auffassungen über die italienische Parteifrage bestimmend sein, sondern die Stellungnahme zu den Problemen des eben durchgeschachteten und wieder bevorstehenden revolutionären Massenkampfes.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

In der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 4. April 1921 wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Exekutive hat auf die Tagesordnung des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale die Frage der Aktionen der Sozialistischen Partei Italiens gesetzt. Die Exekutive beschließt daher, der Kongreß möge folgende Einleitung zum 3. Kongreß zu finden und teilt der Sozialistischen Partei Italiens folgendes mit:

1. Wir schlagen vor, daß die Delegaten der SFI. breite Vollmachten haben soll, damit die Delegaten nicht, wie es während des 2. Weltkongresses der Fall war, sich auf ausgedehnte Vollmachten berufen können.

2. Wir schlagen vor, daß die Delegaten der SFI. nicht nur aus Vertretern der Zentralleitung, sondern auch aus Vertretern der linken Parteigruppierungen bestehen soll. Wenigstens sollen die letzteren zahlreich vertreten sein.

3. Wir beschlagen auch einmal, daß unsere Hauptforderung der sofortige Ausschluß der reformistischen Richtung Turati-Modigliani ist. Wir ersuchen daraus die SFI., dem 3. Weltkongreß eine klare und politische sprachliche Erklärung zuzusenden zu lassen, ob sie darauf bestehe, daß die Gruppe der Critica Sociale (Turati-Modigliani) Mitglied der Dritten Kommunistischen Internationale sein könne und solle.

4. Das engere Büro wird beauftragt, einen ausführlichen Offenen Brief an die Mitglieder der SFI. zu richten und mit einer Kritik der Haltung der SFI. Das engere Büro wird weiter beauftragt, den Bericht des Vertreters der Exekutive in Italien, Gennaro Piccolino, sowie den Bericht des Genossen Bordiga und in allen Sprachen abzudrucken und allen Bruderparteien und den Komitees zu übersenden.

Die Exekutive beauftragt die „Prawda", um der Kommunistischen Partei Italiens das Wort zu erteilen.

Die „Rote Fahne" begrüßt diesen Beschluß der Exekutive in der italienischen Frage. Wir können ihn nur bedauern. Im gleichen Augenblick, wo die Exekutive die Politik Paul Levis und seiner Clique verurteilt, bereitet sie die Arme auf, um den italienischen Paul Levi, den zentristen Serrati und seinen Anhang, in die 3. Internationale einzuladen. Die Gründung einer neuen „Massenpartei" bereitet sich also vor. Man sollte meinen, daß der Verlauf der Märzaktion in Deutschland die Exekutive über Wesen und Bedeutung von „kommunistischen" Massenparteien gründlich eines Besseren belehrt haben dürfte.

Groß-Berlin.

Glänzende Erfolge der Parlamentskommunisten.

Hier kann Schutt und Asche abgeladen werden. Am gestrigen Abend fand in der Aula des Reinickendorfer Gymnasiums, unter reger Beteiligung der Einwohner, die Einführung des neuen Bürgermeisters Reinstein durch den Oberbürgermeister Boß statt. Die Wahl des Bürgermeisters hatte seinerzeit, wie schon berichtet, die Bezirksleitung unserer Partei veranlaßt, den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion aufzugeben, ihre Mandate der Partei zur Verfügung zu stellen. Zwei Genossen haben ihre Konsequenzen gezogen und ihre Mandate niedergelegt, während fünf Bezirksverordnete es fest an ihren Posten ließen und lieber ihr kommunistisches Gewand ablegten. Der eine dieser „Aufrechten" ist nämlich als unbesoldeter Stadtrat bestätigt worden, während zwei andere hoffen, durch Kuhhandel gar „besoldete" Stadtratsposten zu erschachern.

Eine besondere Ueberraschung bot sich nun den Zuhörern in der gestrigen Sitzung der Bezirksverordneten. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die fünf Renegaten Fischer, Schulze, Kossert, Graefunder, Hotthoff aus der USPD. ausgetreten sind und sich der USPD. angeschlossen haben. Wir gratulieren der Hilferding-Partei zu ihrem Zuwachs.

Das alte Lied! Das System hat sie aufgefressen. Wie schon oft vorher und wie es bestimmt auch noch öfter der Fall sein wird. Dort im Bezirk Reinickendorf sind von 7 V.K.P.D.-Leuten nur 2 handfest geblieben. Die anderen fünf sind saftwerlichtig geworden, weil ihnen der Posten, der Posten im bürgerlichen Staat mehr wert war, als der Kommunismus, der Klassenkampf. Sie sind zur U.S.P. gegangen. Immer wieder kann die Beobachtung gemacht werden bei der Frage Revolution oder Demokratie, daß diese, auf lange Sicht gewählten Führer zum größten Teil sich für die Demokratie entschieden haben. So während des Krieges, als die Arbeitsgemeinschaft, die spätere U.S.P., sich loslöste von der großen sozialdemokratischen Fraktion, dann bei der Spaltung der K.P.D., wo die Führer durch den schweren Kampf der Revolution den Weg der Demokratie, des Parlamentes, wählten und die proletarischen Massen sich die K.A.P.D. schufen nutzten. Und zuletzt bei der U.S.P., wo ja bekanntlich auch die große Mehrheit der Parlamentarier bei der nicht kämpfenden U.S.P. verblieb. Von den Gewerkschaften gar nicht zu reden. Darum unsere grundsätzliche Ablehnung des Parlamentarismus und aller gleichartigen Institutionen.

Die V.K.P. wird noch oft auf Grund ihrer prinzipiellen Einstellung Schutt und Asche abladen müssen. Aber die Proletarier sollten sich nicht mehr von der Demokratie betrügen lassen, sondern fester Knupfen mit den revolutionären Räten für den Kommunismus.

Mitteilungen.

Sammlung für Rotarmisten.

Für Rotarmisten sind eingegangen:

Berlin, 4. Bezirk	5.— M.
Berlin, 7	15,50 „
Berlin, 5. Bezirk	5,— „
Freiburg i. Sachsen	12,00 „
Gotha: U. A. U.	37,— „
Unterstützungskommission der K.A.P.D. Halle	2000,— „
	2075,10 M.
bisher quittiert	16978,90 „
Summe	19054,00 M.

Außerdem: 1 Päckchen; 8 Blocks, 4 Bleistifte, 1 Notizblock und ein Schreibpapier. 1 Paket: Wollsachen und Unterwäsche. — Die Sammlungen für Rotarmisten sind die auf weiteres eingestellen.

Der Hauptkassierer.

Achtung! Achtung!

Zeitungsobleute.

Am Mittwoch, den 20. April, abends 6½ Uhr, findet eine Zusammenkunft der Zeitungsobleute aller Bezirke statt.

Es muß jeder Bezirk vertreten sein. Lokal ist beim Bezirksführer zu erfahren. Anträge der Bezirke müssen sofort dem Obmann von Groß-Berlin übermittelt werden. Mitgeben: Verlag Landsbergerstr. 6, Laden.

Der Obmann.

Verlorene Mitgliedskarte.

Genosse Otto Mielke, Turmgasse Str. 40, hat die Mitgliedskarte für S.O. und K.A.P.D. verloren.

Referenten und Referentenschüler.

Sonnabend, den 16. April 1921, abends 7 Uhr, Gipsstr. 23 (Schule).

Parteischule.

Montags, abends ½8 Uhr, Gipsstr. 23 (Schule). Pflicht aller Leiterinnen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Wegen Parteiöffnung sind wir gezwungen, das Monatsabonnement per Kreuzband auf 4.— Mark zu erhöhen. ∴ ∴

In einigen Tagen erscheint Nr. 5 (April) unserer Zeitschrift

Der Proletarier

Werbt für weiteste Verbreitung!

Verantwortlicher Redakteur: Stahl, Berlin.
Verlag: Komm. Arb.-Partei Deutschlds. Druck: J. Wolf, Berlin.

Nr. 187.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint werktäglich. — Preis in Berlin 80 Pfennig pro Nummer. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation u. die Straßenverkäufer.

Redakt. u. Expedit.: Berlin NO. 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49020. — Versand nach auswärts: Unter Streifband 7.— Mark monatlich; nach dem Ausland unter Streifband 9.— Mark monatlich.

Die K. A.-Z. erscheint von nun an dreimal wöchentlich.

Der Versand nach auswärts unter Streifband beträgt infolge der Vorterhöhung 7 M., nach dem Ausland 9 M. monatlich.

Hölz verhaftet.

Max Hölz ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Berlin verhaftet worden. Er befindet sich nach amtlicher Meldung im Berliner Polizeipräsidium. Wenn Hölz nicht „auf der Flucht erschossen" wird, werden für die nächsten Wochen wohl die Zeitungen ihren Vorrat an Schauer- und Grausigkeitsgeschichten allein aus dem Born der Hölz-Legende speisen können. Der Polizeibeamte, der dies durch eine voreilige Handlung verhinderte, welche den Zorn und der Wut des deutschen Spießers sperrte; furor teutonicus! prolongeardem sein und finde wohl kaum die Deckung durch den Polizeipräsidenten Richter.

„Hölz ist verhaftet", jubelt der deutsche Republikaner, der Monarchist, der Gott- und der Kleinbürger. Nun hat die flinke Gerte wieder Recht. Der „Mörderpatriot" ist weg und das engendrige Gewissen der Zeitungsberichte bietet dafür vollkommenen Ersatz.

Hölz ist verhaftet. Die deutsche Revolution aber geht weiter.

Kapitalistische Kampfmethoden überall gleich.

Turin, 8. April.

Die Fiatwerke sind militärisch besetzt worden. Die Regierung hat die strategischen Punkte der Stadt ebenfalls militärisch besetzen lassen. Starke Abteilungen der königlichen Garde, mehrere Regimenter, sind nach Turin befördert worden.

Turin, 13. April.

Am vierten Tage der Aussperrung ist keine Besserung der Lage zu verzeichnen. Die Direktion will nun nicht weniger als 2000 Arbeiter entlassen. Die Angestellten werden nach politischen Gesichtspunkten gewählt. Die aktiv-kommunistischen Arbeiter sollen alle entlassen werden.

Militärische Besetzung der Gruben in Albona.

Triest, 12. April.

Die Gruben in Albona (Istrien) sind von mehreren Wochen von den entlassenen Arbeitern besetzt worden, die die Arbeit auf eigene Rechnung fortsetzen wollten. Eine Zeitung hat die Regierung die vorgebrachte Neutralität eingestellen, den industriellen Konflikt nicht durch Waffengewalt zu entscheiden. Jetzt hat sich die Regierung doch in den Konflikt eingemischt und die Gruben militärisch besetzen lassen. Es kam dabei zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Soldaten, wobei zwei Arbeiter getötet und mehrere schwer verwundet wurden.

Ob Italien oder Mansfeld und Hamburg, ob Fiatwerke oder Kummerow, die Methoden des internationalen Kapitalismus bei der Unterdrückung des Proletariats sind in der ganzen Welt die gleichen.

200 britische Gewerkschaftssektionen für die Rote Internationale.

London, 9. April.

Ueber 200 Gewerkschaftssektionen haben bisher Resolutionen angenommen, die den Bruch mit der Amsterdamer Internationale und den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale (Moskau) fordern. Unter diesen befinden sich 60 Sektionen der Maschinisten, 32 Bergarbeitersektionen, 18 Transportarbeitergruppen.

Neue Krisen.

In demselben Moment, in dem das deutsche Proletariat sich nach einer verlorenen Schlacht auf sich selbst besinnt und unlicher nach der Erkenntnis seiner Fehler tastet, ziehen überall neue Krisen herauf. Teilerscheinungen der großen und unabwendbaren Krisis, die den Untergang des kapitalistischen Systems bedeutet, die kranke Körper des Kapitals, in seiner Lebenskraft gebrochen, kann trotz aller Fieberschauer sich noch lange auf seinem Platz behaupten — so lange nämlich, als das Proletariat, seiner Riesenkräfte unbewußt, so blind, so instinktlos und ohne Disziplin seinem Gegner gegenübersteht, wie dieser März es gezeigt hat.

Die Teilkrisen, die begonnen haben oder bevorstehen, sind zum großen Teil Krisen innerhalb der Bourgeoisie. Wäre das Proletariat klar über seine historische Aufgabe, so wußte und könnte es überall planmäßig eingreifen. Die Kommunisten werden zu zeigen haben, wo und wie dies geschehen soll. Sie werden unter Umständen wieder mit der Tat voraugehen müssen. Ob das Proletariat ihnen folgen wird, ist fraglich. Die Aufgabe bleibt trotzdem unerschrocken, und das Mindeste, was erreicht werden muß, ist, daß die Arbeiter aus den historischen Ereignissen selbst lernen, daß das Kapital nicht mehr weiter kann. —

Was in Preußen sich abspielt, ist der offenkundige Bankrott des parlamentarischen Systems; d. h. also der ureigensten Staatsform des Kapitalismus. Die Interessen der verschiedenen bürgerlichen Schichten: des Großkapitals, des Handels, der Kleinbürgerlichen Massen, vertreten durch die deutsche Volkspartei, die Demokraten, die S. P. D., ringen unentschieden um die Macht. Das Centrum, die stärkste ideologische Verkleisterung der Klassengegensätze bekommt von selbst die Rolle des Schiedsrichters. Das System der parlamentarischen Regierung an sich zeigt sich unfähig, nach seinem Spielregeln der Ausgleich der Kräfte innerhalb der herrschenden Klasse zu Stande zu bringen. Die Frage der Reichsregierung steht dabei mit auf der Tagesordnung; auch diese Frage kann nur in der Form eines Notbehelfs gelöst werden. In Preußen wie im Reich sind — wenn nicht besondere Ereignisse eintreten — bis auf weiteres nur Regierungen möglich, deren schwankendes Scheingebäude vor den Stößen eines offen ausbrechenden Klassenkampfes sofort zusammenbrechen müßte. Das Kapital wünscht solche Stöße nach Möglichkeit zu vermeiden. Es hat freilich im vergangenen März gesehen, daß es sich gegen das Proletariat schon kräftiger Boxstöße leisten kann, solange es nur einen ganz schlitzigen Schieler von Gerechtigkeit und Demokratie beibehält. Aber eben deshalb zögert es auch, eine reine Regierung des Großunternehmertums, der Junker und Offiziere aufzurichten und bedient sich auch weiterhin der bereitwilligen Kuppelei der Sozialdemokratie. Die U. S. P. aber ist wiederum die Kupplerin für die S. P. D.

Die Arbeiter aber lassen nach in großen Scharen diesen beiden Parteien nach, eingefangen in Kindern von den Schäferhunden der Gewerkschaften, und sind zu blind und zu folgsam, um die Konterrevolution zur offenen Uebernahme der Verantwortung und damit zum schnellen Abwirtschaften zu zwingen.

Was die Arbeiter nicht durchsehen, obwohl sie es könnten, wird die außenpolitische Krise in irgend einer Form erzwingen. Es soll nun endlich einmal tatsächlich gezahlt werden. In Wirklichkeit hat allerdings kein Kenner der wirtschaftlichen Weltlage im Ernst die kindliche Vorstellung, daß die Milliarden bedar auf den Tisch des Hauses gelegt werden. Aber die englischen wie die französischen Kapitalisten haben ihre bestimmten Pläne. Die englischen wollen ein produktionsfähiges Deutschland, dessen Außenhandel auf englische Rechnung geleitet wird, und nicht von den deutschen, sondern auch den englischen Kapitalisten fette Profite a wirkt. Die deutschen Kapitalisten sind damit ganz einverstanden. Sie haben aber zu lange und zu hartnäckig versucht, sich allzu günstige Bedingungen zu erschachern und haben sich in eine Sackgasse festgerannt. Wenn Simons jetzt durch Amerika und irgend welche neutralen Staaten den englischen neue Vorschläge machen ließ, so bedeutet das, daß Stinnes dem englischen Kapital entgegenkommen will in dem Moment, in dem es durch die große englische Streikbewegung bedroht wird, um sich durch dieses Entspringen im kritischen Augenblick einen Bundesgenossen gegen das französische Kapital zu schaffen.

Das französische Kapital kann den englischen Vorschlag nicht annehmen. Es muß aus vielen Gründen darauf bestehen, durch gewaltpolitische Maßnahmen sich den Besitz und die Ausbeutung der deutschen Rohstoffquellen im westlichen Industriegebiet zu schaffen. Es hat begonnen, zuzugreifen, es wird zum 1. Mai seine Rechnung präsentieren und weiter zugreifen. Daß es von England daran gehindert wird, ist sehr unwahrscheinlich. England, hat andere, viel größere Sorgen. Die heißen: Bergarbeiterstreik und amerikanische Kohlenkonkurrenz, Rußland, Vorderasien und Indien, Irland.

Bekommt Frankreich in der Tat freie Hand gegen Deutschland, so sind die innerpolitischen Folgen noch gar nicht abzusehen. Das unterdrückte Gebrumme der „entäuschenationalen vom Tage des Nachkriegs kann man nicht ernst nehmen. Viel wahrscheinlicher ist entweder der Versuch einer großen Koalitionsregierung von Hergt bis Scheidemann mit Unterstützung von Hilferding oder der Versuch einer sogenannten sozialistischen Regierung. Für das Interesse des revolutionären Proletariats ist das eine so viel wert wie das andere, nämlich garnichts. Beides werden nur verschiedene Formen eines letzten Versuchs sein, noch einmal alle Hilfskräfte der Bourgeoisie mobil zu machen, das einemal mit der nationalen Phrase, das anderemal mit der Hilferdingschen Lüge von der Verständigung zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Bei alledem weiß kein Mensch, was mit der bayerischen Einwohnerwehr geschehen soll, die nach den gewiß beschönigenden Angaben des Ministers Kahr 330 000 Mann, 240 000 Gewehre, über 1000 Maschinengewehre und 44 Geschütze zählt. Kein Mensch weiß auch, was mit Oberschlesien geschehen soll, ohne daß weder der deutsche noch der polnische Kapitalismus ihre Existenz weiter spielen können.

Die italienische Industrie hat soeben auf einer Gesamtlage einmütig ihre Pleite festgestellt, und die italienische Regierung schwankt hastlos zwischen den zurückweichenden englischen und den jetzt führenden französischen Plänen hin und her.

Ganz Europa ist bedroht mit den Krankheitssymptomen der allgemeinen Krise. Was die „Rote Fahne" seit Monaten, viel zu früh behauptete, nämlich daß das internationale Kapital ratlos sei, beginnt jetzt Wahrheit zu werden. Aber allerdings muß man eins hinzufügen, was die „Rote Fahne" in kräftigem Optimismus nie zeigt hat. Wenn auch die verschiedenen Gruppen des internationalen Kapitals ratlos sind gegenüber der Frage, wie sie ihre Interessen ohne schwere und gefährliche Konflikte untereinander ausgleichen sollen, so wissen sie sich doch sehr wohl Rat in dem einen Hauptpunkt, auf den für uns doch alles ankommt; in den Methoden der fortschreitenden Unterdrückung des Proletariats.

Sammelt für die politischen Gefangenen!

Politische Rundschau.

Eine Verzweiflungstat.

„Eintreten unter Null", das war wohl auch das Stichwort, unter dem man die Referenten der V. K. P. D., auf die letzten Erwerbslosenversammlungen losließ. Und es soll auch gar nicht bestritten werden. Es gehört schon ein ziemlicher Mut, um nicht zu sagen Unverfrorenheit dazu, nach einem so offensichtlichen Zusammenbruch der ganzen Offenen Brief-Schwindelpolitik die Erwerbslosen von neuem mit diesem Humbug ködern zu wollen. Jahre lang propelte man von der Eroberung der Gewerkschaften. Alle Arbeiter, denen ihre Klassensolidarität gebot, diese konterrevolutionären Kasernen zu verlassen, denunzierte man als „Deserteure" der Revolution. Alle Arbeiter, die durch die Anarchie der kapitalistischen Ordnung langsam erkannten, daß sie verraten worden, lieferte man so in der Stunde der Entscheidung dem konterrevolutionären Einfluß aus. Die Hauptredner liegen heute Proletarier, die in der Tat die Solidarität mit den Erwerbslosen bekundeten, von Forderungen der Erwerbslosen ausmachtem, im Stich gelassen wurden. Anstatt die Proletarier heranzuführen aus den Gewerkschaften, sie dem Einfluß der Konterrevolution zu entziehen, und den Erwerbslosen Stützpunkte in den Betrieben zu schaffen und den Kampf gegen die kärtsten Bollwerke der Konterrevolution aufzunehmen, um sie zu zertrümmern. Daß diese Leute nichts lernen, auch aus den letzten blutigsten Kämpfen der Proletarier nichts gelernt haben, darüber kann man sich bei Parlamentariern nicht wundern. Wenn die Erwerbslosenfrage eine Machtfrage ist, so haben die Mitteldeutschen Arbeiter nicht aus Liebe für K. A. P. D.-Genossen den Kampf, der ihnen aufgezwungen war mit Aktionsausschüssen gegen die Gewerkschaften geführt. Nein, die bittren Notwendigkeiten haben sie dazu gezwungen.

Weil nun ein Kampf auf dieser Basis allein möglich, so können die Erwerbslosen eben nur gewissermaßen als Betrieb durch Aktionsausschüsse einheitlich erfaßt werden. Die erste Aufgabe dieser Aktionsausschüsse muß die sein, die Vertreter der Aktionsausschüsse örtlich zusammenzufassen. Durch eine einheitliche Erfassung allein kann die innere Kraft gestärkt werden.

Gewiß haben die Erwerbslosen Forderungen, aber sie selbst müssen den Anfang machen und die Vorbedingungen des Kampfes schaffen. Nur so können die Erwerbslosen ihre arbeitenden Klassengenossen zur Solidarität veranlassen, sie veranlassen, dieselbe Bahn zu betreten, um die Verbindung der Erwerbslosen mit den Arbeitenden herzustellen. Die andere Aufgabe aber besteht darin, diejenigen Vertrauensleute, die um ihren Bankrott noch einmal hinauszuschieben, sogar zu der Lüge greifen, die K. A. P. D. wäre mit ihnen „einig", denen bei der letzten Aktion der Schwachen in die Glieder gefahren ist und die jetzt den zu äußerster Schärfe entbrannten proletarischen Klassenkampf abbrechen möchten, um ihn weiter als Basis für ihre „revolutionäre Parlamentstätigkeit" zu gebrauchen, zu entlarven und vor die Entscheidung zu stellen: entweder den Weg der „revolutionären Parlamentarier" a la Levi zu gehen, oder den Weg der kämpfenden revolutionären Proletarier.

Die Industriearbeiter der Welt.

(Fortsetzung.)

Auf der 1912 abgehaltenen Konferenz kam es in der J. W. W. zu einer Krise, die sich schon seit langem angebahnt hatte, nämlich zu einem Kampf zwischen Zentralisation und Dezentralisation. Die Organisation hatte sich noch kaum von den Folgen der 1908 erfolgten Spaltung zwischen den „Industrialisten" und den „politischen Aktionsleuten" erholt, so daß Kampf zwischen den beiden neuen Gruppen die J. W. W. beinahe vernichtet hätte.

Der Individualismus der über weite Landstrecken verstreuten, jeder fernen Autorität mißtrauenden Mitglieder aus dem Westen war durch den Eintritt politischer Anarchisten in die Organisation und durch das Umsichgreifen syndikalistischer Ideen in Amerika noch verstärkt worden. Die Dezentralisten forderten, daß die Generalleitung der Organisation aufgehoben und ein System von lose zusammengefaßten Ortsverbänden geschaffen werde, da nur die Arbeiter der betreffenden Gegenden mit den örtlichen Bedingungen bekannt seien. Ferner forderten sie für die Ortsorganisationen das Recht, ihre eigene Presse zu besitzen, Gelder zu sammeln und zu verausgaben usw.

Diese Politik war von derart vernichtender Wirkung, daß Hunderte der besten, erfahrensten Mitglieder der Organisation empört waren und die großen Industrieverbände einen schweren Schlag erlitten. Auf der Konferenz jedoch wurden die „Dezentralisten" nach hartem Kampfe geschlagen. Sie verließen die J. W. W. zu Tausenden, um erst in der Periode der großen Kämpfe, die dem Krieg vorangingen, in die Organisation zurückzukehren.

Die Konferenz von 1916, die zu einer Zeit abgehalten wurde, als die besten und tätigsten Mitglieder, Führer und Organisatoren sämtlich hinter Schloß und Riegel saßen, verhalf den „Dezentralisten" wiederum zum Siege. Jedoch wurde den Beschlüssen dieser Konferenz fast keine Beachtung geschenkt, und die „Dezentralisten" blieben fast eine Minderheit.

Die jetzige Form und Organisation der J. W. W. wurden auf der Konferenz vom Jahre 1916 endgültig festgelegt. Die J. W. W. bestehen aus Verbänden, die auf der Grundlage der Industriezweige aufgebaut sind, wobei jeder Arbeiter in dem betreffenden Industriezweig unabhängig von seinem Fach oder seiner Arbeit, ein Mitglied des entsprechenden Industrieverbandes ist.

Außer dem allgemeinen Werkzeugverband, der neue Mitglieder aufnimmt und in die Industrieverbände verteilt, sowie die Arbeiter organisiert, in deren Industriezweig noch kein Verband besteht, gehören gegenwärtig siebzehn Industrieverbände der J. W. W. an und zwar:

Metallbergwerkarbeiter,
Bauarbeiter,
Landwirtschaftsarbeiter,
Textilarbeiter,
Geistesarbeiter*),
Schiffsbauarbeiter,
Eisenbahnarbeiter,
Kohlengrubenarbeiter,
Druckereier und Arbeiter in Verlagen,
Hotel-, Restaurant- und Hausepersonal,
Sammlarbeiter,
Petroleumarbeiter,
Bäckereiarbeiter**),
Automobilarbeiter**),
Fischer,
Metall- und Maschinenarbeiter**).

Die Anzahl der zahlenden Mitglieder der J. W. W., die von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen aufweisen, beläuft sich gegenwärtig auf etwa 125 000. Zählen wir die einzelnen Verbände, so erhalten wir insgesamt genau die doppelte Mitgliederzahl. Die Ursache dieser Erscheinung liegt darin, daß die Mehrheit der Mitglieder der J. W. W. aus Saisonarbeitern besteht. So besitzen z. B. der Verband der Landwirtschaftsarbeiter und der Verband der Holzfäller — die zwei machtvollsten Verbände der J. W. W. — eine Mitgliederzahl von je 40 000 Mann. Die meisten Mitglieder gehören aber gleichzeitig beiden Verbänden an; dieselben Leute, die im Sommer in den Kornfeldern arbeiten, betätigen sich im Winter in den Wäldern. Ebenso ist es mit den Petroleumarbeitern, die gleich vielen anderen in den südlichen Industriezweigen beschäftigten Mitgliedern der J. W. W., im Sommer landwirtschaftliche Arbeiten übernehmen.

Zu Anfang hatten die J. W. W. eine überaus lose Organisationsform. Die lokalen Industrieverbände waren ganz autonom. Wollte man einen Generalstreik organisieren, so mußte man eine Urabstimmung unter den lokalen Verbänden vornehmen. Die Ortsverbände normalisierten sich selbst nach eigenem Gutdünken, selbst die Mitgliedsbeiträge fest nach.

Die lokalen Verbände sind nunmehr abgeschafft worden. An ihrer Stelle haben wir Abteilungen der Industrieverbände, deren Vorstände in der Generalleitung in Chicago zentralisiert sind, d. h. mit Ausnahme des Metallbergwerkarbeiterverbandes, dessen Vollzugsausschuß seinen Sitz in Butte (Staat Montana) hat. Die Zweigabteilungen der Verbände müssen sich in ihrer Geschäftsführung nach dem Zentrum richten. Sie haben das Recht, in ihrem eigenen Gebiet einen Anschluß zu organisieren; ein Generalstreik im betreffenden Industriezweig aber kann nur durch den Industrierat angeordnet werden. Der Industrierat setzt sich aus Mitgliedern jeder Branche im Industriezweig zusammen und dient dem letzteren als Vermittlungskörperschaft. Die Mitglieder des Industrierats sind zugleich Organisatoren. Die sich freie in enger Verbindung mit den Arbeitern befinden.

In jedem Bezirk gibt es aus Vertretern aller Branchen sämtlicher Industriezweige einen Bezirksrat, der das Recht hat, alle Organisatoren im Bezirk zu einem Generalstreik aufzurufen.

Das Zentralorgan der J. W. W. ist der Generalvollzugsausschuß, der aus fünf von der Konferenz aufgestellten und durch Urabstimmung gewählten Mitgliedern besteht. Zu Zeiten zwischen einer Konferenz und der anderen ist der Generalvollzugsausschuß das höchste Machtorgan der Organisation. Er kann den Streik eines Industriezweiges oder sämtlicher Industriezweige anordnen. Befindet ein Industriezweig sich im Kampfe, so kann der Vollzugsausschuß anordnen, daß ein zweiter Industriezweig den Aufständigen Hilfe leiste. Die Mitglieder des Generalvollzugsausschusses sind zugleich allgemeine Organisatoren, die das Land bereisen, um Streiks zu organisieren und zu leiten.

Für die Dauer des Streiks aber geben die Funktionäre ihre Macht auf. Die höchste Instanz bildet dann ein von dem Gros der Mitglieder gewähltes Streikkomitee. Weder die Zentralleitung noch selbst die Streikkomitee sind berechtigt, den Einstellen eines Streiks anzuordnen. Diese Frage wird durch Stimmenmehrheit der Aufständigen selbst beschlossen.

Im Grunde genommen ist die J. W. W. eher ein Propagandahomitee als ein regelrechter Arbeiterverband. Allerdings sind die Mitglieder in ihre Arbeit vertieft, die Wanderarbeiter andere wiederum die Organisation verloschen. Über die J. W. W.-Mitglieder bringen überall, in alle Fachverbände, in sämtliche Fabriken und Werke ein: unablässig predigen und bestimmen sie den Arbeiterzusammenhang, die Einheit der Industrie durch die Arbeiter. Wenn, wie es augenblicklich in Amerika geschieht, die alten Fachverbände durch die Empörung der Arbeiter gegen ihre verderbten Führer und gegen die unerträgliche Engherzigkeit ihrer Organisationen gesprengt zertrümmert werden, treten die Aufrührerischen indessen nicht in die J. W. W. ein, da diese im Ruf steht, „allzu revolutionär" zu sein. Jedoch tragen die neuen aufrührerischen Arbeiterorganisationen, die darauf bestehen, unvermeidbar den Gedanken der J. W. W. ein. Ein anschauliches Beispiel hiervon liefert die Einzige Große Union (One Big Union) in Kanada.

Als Organisationen werden die J. W. W. nie imstande sein, die Mehrheit der Arbeiter für sich zu gewinnen oder das wirtschaftliche Leben des Volkes zum Stillstand zu bringen. Aber als Zentrum der Propaganda, als zerstörende und revolutionäre Kraft waren und ist die J. W. W. einer der Hauptfaktoren, die die amerikanische Föderation der Arbeit untergraben, die breiten proletarischen Massen in die Hände nehmen und sie zum Klassenbewußtsein erziehen. Fünfzehn Jahre lang predigen die J. W. W. als leuchtendes Beispiel für die Arbeiter aller Länder, mit nimmer wankendem Heldenmut das Ideal des Sturzes des Kapitalismus.

VI.

Der europäische Krieg brach zu dem Zeitpunkt aus, als die J. W. W. sich von dem „Dezentralisationskampf" erholt hatten und überall — in den Kohlengruben, auf den Eisenbahnen, in der Stahlindustrie, unter den Matrosen — bedeutende Einfluß gewannen. 1913 wurden die Dockarbeiter organisiert; der Hafen von Philadelphia steht nunmehr unter der Kontrolle der J. W. W. 1914—15 wurde der Verband der Landwirtschaftsarbeiter gegründet, 1915 — der Verband der Holzfäller. Bereits 1912—13 machten die Ortsverbände den Versuch, die großen Massen der Wanderarbeiter, die zur Ernte herbeiströmen, zu organisieren. Da die Ortsverbände zu jener Zeit jedoch so gut wie autonom waren, ihr eigenes Organisationsnetz besaßen und die Höhe der Mitgliedsbeiträge selbst bestimmten, blieb die Organisationsmaßnahme recht schwach. Frank Little, Mitglied des Generalexekutivausschusses, der später von den Kupferminenbeamten in Butte ermordet wurde, trat mit dem Plan hervor, die Organisationstätigkeit zu zentralisieren. Sein Plan wurde zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt.

1915 wurde in Kansas City eine Konferenz von Vertretern der Ortsverbände des Westens abgehalten; der Landwirtschaftsarbeiterverband wurde gegründet, die Zentralbüro insingniert, einheitliche Mitgliedsbeiträge wurden festgesetzt und Organisatoren ausgesandt. Die Führer des Kampfes waren Männer, die nach dem „Kampf um die Wortfreiheit" in Stone City oder aus dem Gefängnis entlassen waren — die wagehalsigsten, mutigsten Mitarbeiter der J. W. W.

Und fürwahr, es war eine Aufgabe für gehorene Kämpfer. In keinem einzigen anderen Lande der Welt findet man derartige Bedingungen, wie sie in Kontinental-Amerikum. Ein Mann aus Sommer in dem südlich gelegenen Staate Texas mit dem Vorrücken der Saison treibt sie eine mächtige Welle von Tausenden von Arbeitern durch die großen produzierenden Mittelstaaten über die Grenze von Kanada und zurück. Wer sind die Besitzer der Felder von Manitoba nach dem Norden. Diese Wanderarbeiter, die die Ernte einsammeln, besitzen nichts als die Kleider, die sie auf dem Leibe tragen. Sie nähren sich vom Lande, das sie durchziehen, reisen mit der Bahn oder mit Lastautos, sind in Wagen oder unter den Eisenbahnwagen, erbetteln sich Nahrungsmittel oder stehlen sie aus den Gemüse- und Obstgärten der Farmer, leben in sogenannten Jungles auf dem Felde oder wählen sich ein Plätzchen im Walde, wo sie unter freiem Himmel schlafen und ihre kärglichen Güter miteinander teilen.

Es ist eine ungeschliffene Art — meistens ungelernte Arbeiter, die heute sämtlicher Minderheiten, Leute, die die schwere Kruste des amerikanischen Kapitalismus erbittert und roh gemacht hat. Sie sind frei von jedem nationalistischen oder Rassenvorurteil, Leute ohne Furcht, die in fündigem Kampf mit den Eisenbahnbeamten liegen, die sie aus den Frachtwagen zu vertreiben suchen, mit der Polizei und den Ortsbehörden, nehmen sie als vogelfrei verfolgt werden, und mit den Farmern, die sie ausbeuten. Sie besitzen weder Eigentum, noch Familie, noch Stimmrecht.

(Schluß folgt.)

Bergarbeiterverband und englische Bergarbeiter.

In England führen die Grubensklaven einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz. Die englischen Zechenbesitzer verlangen von den Bergarbeitern, daß sie sich mit der Herabsetzung der Löhne auf den Stand von 1914 einverstanden erklären sollen. Die Bergarbeiter haben auf diese freche Provokation die einzig mögliche Antwort gegeben: Streik auf der ganzen Linie. Wir heben auf die tieferen Ursachen der brutalen Haltung des britischen Zechenkapitals bereits hingewiesen. Sie sind neben der Konkurrenz der billigeren amerikanischen Kohle nicht zuletzt darin zu suchen, daß es den Eisenwerken z. B. dank dem Ueberschichtenabkommen mit den deutschen Bergarbeiter-Verbänden möglich war, die Kohlenproduktion erheblich zu steigern und in Folge davon der englischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt beträchtlichen Schaden zuzufügen. Somit hat die gesteigerte Ausbeutung der deutschen Bergarbeiter die jetzige Situation in England mit verschuldet.

In einem Artikel: „Die Verräter der Revolution in England" rechnet das Organ der Gelsenkirchener „Freien Arbeiter-Union" mit dem Verrat der Bergarbeiterinternationale und ihren Führern Hue und Hufemann gründlich ab, die auf dem Genfer Kongreß große Töne von internationaler Solidarität gredet hätten und im Augenblick, wo es sich darum handele, aktive Solidarität zu beweisen, drauf und drau wären, mit unerhörtem Zynismus einen neuen Verrat zu begehen. Gerade in diesen Tagen, wo die englischen Bergarbeiter mit Spannung auf die Haltung ihrer deutschen Klassengenossen blicken, schicken sich die Hue und Konsorten an, die Bergarbeiter von neuem unter das Joch des Ueberschichtenabkommens zu zwingen und damit den kämpfenden englischen Brüdern in der schmählichsten Weise in den Rücken zu fallen. Diesmal arbeiten die Herren Gewerkschaftler mit besonders raffinierten Methoden. Da sie es nicht wagen können, den Bergarbeitern das Ueberschichtenabkommen in der alten Form anzubieten, sehen sie sich genötigt, die bittere Medizin in kleinen Dosen zu verabreichen, um sie den Bergarbeitern so besser schmackhaft zu machen. In prägnanter Weise wird die Verräterei der Hue und Genossen von der „Freien Arbeiter-Union" in folgender Weise gekennzeichnet:

Der Kniff.

Jeder Arbeiter kennt genau den systematischen Umfall der Verbandsleitungen in der Ueberschichten- und Lohnfrage:

1. Bild: Aufforderung zur Einstellung der Ueberschichten, Lohnausgleichsforderung.
2. Bild: Ablehnung des Schiedsspruches durch die Bertrauensleute trotz der Ueberredungsversuche des Verbandsvorstandes.
3. Bild: Vertröstung auf „weitere Verhandlungen".
4. Bild: Die Verhandlungen zunächst resultatlos.
5. Bild: Vorschläge für Erweiterung des Ueberschichtenabkommens von seiten des Verbandes.
6. Bild: Erweiterte Zugeständnisse in der Ueberschichtenfrage an die Zechenbarons.
7. Bild: Bewilligung der Schichtarbeitszulagen von 8 Mark auf 4,50 Mark, Kohlenpreiserhöhung.
8. Bild: 4 Ueberschichten pro Woche durch Anhängung von je einer Stunde pro Tag an die normale siebenstündige Schicht.
9. Bild: Achtstundenschicht, Hungerlohn für Bergleute, 200 Prozent Dividende für die Kapitalisten.

Die Wiedereinführung der Achtstundenschicht bedeutet für die deutschen Arbeiter, daß sie sich zur höheren Ehre Gottes, d. h. zur weiteren Verlängerung der Dividende für die Zehnherren noch schlimmer ausbeuten lassen müssen als bisher. Und sich dieser noch kalkulierten Ausbeutung unterwerfen heißt in der gegebenen Situation Streikbrecherdienste leisten im internationalen Maßstabe.

Zwei verschiedene Lesarten.

Die Affäre Paul Levi scheint in der V. K. P. D. dieselbe Wirkung hervorgerufen zu haben, wie ein Stoß in einen Ameisenhaufen. Ein wüstes Durcheinander, ein ziel- und planloses Hin und Her, eine Flut sich kreuzender Tendenzen, mit einem Wort: völlige Rat- und Kopflosigkeit. In der Morgenausgabe der „Roten Fahne" vom 15. April wird in einem Artikel, betitelt: „Levis Weg zur U. S. P." die Abrechnung mit dem gefallenen Engel vollzogen. Dabei passiert Ernst Meyer, dem Verfasser jenes Artikels, das Malheur, daß er gegen Levi einen Vorwurf erhebt, der, weil er ein Vorwurf ist, nicht so sehr den „Schandbuben" trifft, als die jetzige Zentrale der V. K. P. D. Ernst Meyer schreibt wörtlich:

„Er, (Levi) unterstellt der Zentrale und dem Zentralausschuß, daß ihre Beschlüsse kurz vor und in der Märzaktion die Absicht hatten, die Staatsgewalt zu erobern, d. h. also die Räterepublik Deutschland zu verwirklichen.

Zu Wirklichkeit war der Ruf während der Aktion bei keinem Parteigenossen von solchen Ansichten die Rede."

Nebenbei gesagt: Eine furchtbare „Unterstellung." Als ob die revolutionären Arbeiter Deutschlands heute zu den Waffen greifen würden, ohne das Ziel der Eroberung der politischen Macht im Auge zu haben! Paul Levis Anklageschrift gegen den „Putschismus" scheint auch seinen Gegnern vom „linken Flügel" solches Entsetzen eingejagt zu haben, daß sie offenbar ihre eigenen Parolen vergessen haben. Die „Rote Fahne" scheint außerdem vergessen zu haben, daß sie vor kaum acht Tagen erst in einer Artikelserie die Märzaktion mit hoher Genugtuung als den Beginn einer „revolutionären Offensive" bezeichnet hat. Halbseitenweise die deutsche Heeresleitung im März 1918 die Offensive ergriffen, um einige verwüstete Emadraktikometer an der Somme zu erobern, aber dachte sie nicht vielmehr daran, den Gegner vernichtend zu schlagen? Kann man sich von irgend einem Offensivkampf Erfolg versprechen, wenn man von Anbeginn an entschlossen ist, diesen Kampf nur bis zu einer bestimmten Etappe zu führen? Oder wird nicht gerade die Erreichung einer Etappe erst dadurch ermöglicht, daß man das Ziel soweit steckt, als nur irgend möglich? Wer sich vornimmt, den Kampf nur bis zu einer gewissen Linie zu führen, erreicht nicht einmal diese, geschweige denn jemals das Endziel. Die Abgrenzung des Offensivziels ist das Ergebnis des Kampfes selbst, nicht sein Ziel. Sonst rückt das Endziel in unendliche Ferne. Wenn die „Rote Fahne" sich jetzt also gegen den „Vorwurf" zur Wehr setzen muß, daß die Aktion die Errichtung der proletarischen Diktatur zum Ziel gehabt hätte, so wäre es besser, sie würde den Gedanken einer „revolutionären Offensive" überhaupt ad acta legen. Nach besser freilich wäre es, darauf zu achten, daß nicht in derselben Nummer der „Roten Fahne" das Gegenteil von dem behauptet wird, was E. M. im Leitartikel leugnet und verleugnet. In einem Bericht über die von der V. K. P. D. am 15. April veranstalteten Arbeitslosenversammlungen in Berlin wird nämlich eine Resolution veröffentlicht, in der es unter anderm heißt:

„Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit kann daher nur erfolgreich durch Ablösung der kapitalistischen und Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung auf Grundlage der Diktatur des Proletariats geschehen. Aus der Lage von der V. K. P. D. zu diesem Zweck proklamierte Generalstreik war auf diese Richtung eingestellt."

Welche Lesart soll nun gelten? Ist der Leitartikel maßgebend oder das Beiblatt? Oder sind diese beiden Lesarten der Ausdruck zweier Richtungen in der V. K. P. D., von denen die eine den revolutionären Kampf im Hinblick auf das Endziel und die andere jenen immer nur in Etappen zu führen gedenkt? Oder gibt es noch eine dritte Lesart, die einen Kompromiß bedeutet?

Wieder ein Unternehmerangriff.

Aussperrung der Zigarettenindustrie.

In Dresden, der Zentrale der deutschen Zigarettenindustrie, werden etwa 13 000 Arbeiter ausgesperrt werden. Die sächsische Zigarettenindustrie hat beschlossen, ihre Betriebe zu schließen.

Der Grund für diese weitgehende Maßnahme liegt darin, daß die etwa 600 Maschinenführer Forderungen auf eine wöchentliche Zulage von 75 Mark erheben. Die Unternehmer wollen aber nur eine Erhöhung um 50 Mark zugestehen. Zugleich mit den Maschinenführern hatten die anderen in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter Forderungen eingereicht, über die man sich geeinigt hat. Da ohne die Maschinenführer keine Zigaretten hergestellt werden können, hat ihr Streik die Betriebsstillegung zur Folge. Zu dem Konflikt hat auch beigetragen, daß die Berliner Maschinenführer im Durchschnitt 200—250 Mark mehr verdienen als die Dresdener, obwohl die Dresdener höflich 10 000—12 000 Zigaretten mehr liefern. Allerdings sollen in Berlin die Löhne um 50 v. H. abgebaut werden. Dazu kommt, daß in Dresden meist Maschinen hergestellt wird, in Berlin aber nur feine Zigaretten. Wahrscheinlich wird sich der gesamte Reichsarbeitgeberverband der Zigarettenindustrie dem Vorgehen der Dresdener Industrie anschließen.

Ausland.

Die Agrarumwälzung in Mexiko.

Die Umwälzung der Agrarverhältnisse in Mexiko hat nicht erst vor kurzem, sondern schon vor einem Jahrzehnt begonnen, wenn auch erst die Obregon-Regierung den indianischen Bauern das ihnen während 300 Jahren und am widerrechtlichsten von der Regierung des Präsidenten Porfirio Diaz entrissene Land wieder zurückgab.

Noch vor kurzem gehörten beispielsweise drei Viertel des gesamten Areals des Staates Morelos 34 Familien, während der Rest der Bevölkerung sich im Zustande völliger Abhängigkeit und Sklaverei befand. Viele dieser großen Landeigentümer verbrachten ihre Zeit und ihr Geld in Europa oder irgendwo im Auslande, ohne je die Erde oder die verkommenen Bauern zu besuchen, denen sie ihren Reichtum verdankten. Zucker, Reis und Kaffee gedeihen in übermäßiger Fülle im Staat Morelos, aber die Massen, deren harter Arbeit die reichen Ernten zu verdanken waren, vegetierten unter grenzenlosesten Mängeln und Entbehrungen. Es scheint darum erklärlich, warum die Revolution gerade hier mit besonderer Radauerheftigkeit die sozialen und politischen Verhältnisse gestürzt.

Die Hauptstadt des Staates wurde von einem Ende bis zum anderen durch bewaffnete Eroberungen und Wiedereroberungen zerstört. Viele andere Städte des Staates haben nicht ein einziges Gebäude, das die bewaffneten Auftritte unversehrt gelassen hätten, und ein zehnjähriger Bürgerkrieg verringerte die Bevölkerung des Staates von 172 000 auf 60 000. Erst seit dem Tode Zapatas im Mai vergangenen Jahres herrscht Ruhe. Vorläufig haben alle Landarbeiter von der Regierung 12 Acker Land und je einen neuen Pflug bekommen, bis der Gebrauch moderner Maschinen sie zum Anbau größerer Flächen befähigen kann. Sogar ehemalige Beamte und Staatspersonen haben sich unter den Bauern angesiedelt. Die Regierung plant nun die Verteilung einer Anzahl Maultiere, weil ebenso wie alle anderen Maschinen und Werkzeuge auch die Tiere durch den Krieg vernichtet worden sind.

Die durch die Regierung an die ärmeren Bauern zur Verteilung gekommenen Ländereien wurden solchen Landbesitzern enteignet, die mehr als 60 Acker besaßen; die Kaufpreise wurden sie dem Schatzministerium bis auf weiteres stunden.

Marx beschlagnahmt.

Prag, 12. April.

Nach der „Tribüne" wurde das „Kommunistische Manifest" von Marx, das vom Abgeordneten Tausky in slowakischer Sprache mit einem Vorwort herausgegeben wurde, beschlagnahmt.

Was sagen die Herren Bernstein und Kautsky, die jetzt bedauernd vom „Bakunistischen" Kommunismus reden, dazu?

Sowjetrußland.

Die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten mit Sowjetrußland.

Die Pariser gegenrevolutionäre Zeitung „Poslednije Nowosti" schreibt: Während Harding, der neue Präsident der Vereinigten Staaten, offiziell erklärte, daß Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland unmöglich sind, führen die amerikanischen Kaufleute inoffiziell einen recht bedeutenden Handel mit Sowjetrußland. Der Revaler Korrespondent der „Newyork Sun" berichtet, daß die Vertreter des Handelsverbandes „Kampfbund für Hilfe" James Lyde und Bernon Seifert nach Moskau gereist sind, um dort eine Vertretung ihres Hauses aufzustellen. Desgleichen befindet sich der Vertreter einer der größten Maschinenfabriken, Germings, augenblicklich in Moskau.

Edward Alpson hat in Moskau ein Kontor eingerichtet. Er hat die Versorgung Rußlands mit Schuhwerk übernommen und für den Export nach Rußland 5 Millionen Paar Schuhe und 1000 Tonnen Leder zusammengekauft. Die erste Partie dieser Schuhe (100 000 Paar) ist schon am 14. März von Reval nach Sowjetrußland abgegangen.

Ausländische Waren für Sowjetrußland.

„Rosta Wien."

„Nowij Put" berichtet: In Libau ist der Dampfer „Hans Memers" aus Newyork mit einer Ladung von 3000 Tonnen verschiedener Waren für Sowjetrußland eingetroffen. In Riga ist der Dampfer „Dolly Fries" aus Antwerpen mit einer Ladung von 2500 Tonnen Waren eingetroffen, bestimmt für Sowjetrußland bestimmt sind.

„Rosta Wien."

„Nowij Put" berichtet: Für den Bedarf der elektrischen Straßenbahnen wurden im Auslande 75 Motorwagen und 77 Anhängewagenzüge bestellt, ebenso eine große Zahl von Weichen, Schienen und dergleichen. Außerdem sollen binnen kurzem im Auslande 15 Elektrologe bestellt werden, die ganze Juggarnituren zu befördern vermögen.

Zur Aufnahme Bucharas in die Sowjetföderation.

„Rosta Wien."

Ein Radio aus Taschkent bringt ein Interview mit Mirza Muchitin Mansurow, dem Vorsitzenden der außerordentlichen bucharischen Mission zur Sowjetrußland, die jetzt heimkehrt. Mansurow erklärte, daß die Verhandlungen und der Abschluß des Vertrages bei allen Mitgliedern der Mission den vorteilhaftesten Eindruck und donnernde Beschleunigung hervorgerufen haben.

Wir sind alle davon überzeugt, daß die R. S. F. S. R. keinerlei materielle oder Gebietsvorteile sucht und daß sie den früher unterdrückten Völkern tatsächlich die Lebensmöglichkeit geben will. Dies ist nicht nur für Bucharen, sondern wirklich für alle unterdrückten Völker gut."

Rumänische Provokationen.

Moskau, 10. April. (Via Stockholm.) „Rosta Wien."

Tschitscherin, der Volkskommissar der russischen Sowjetrepublik für auswärtige Angelegenheiten, und Rakowskij, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der ukrainischen Sowjetrepublik, haben an den rumänischen Minister des Aeußern folgende Note gerichtet:

„Die Situation an der Dnjestermündung ist unerträglich und ganz unhaltbar. Rumänische Monitore und andere Kriegsschiffe kreuzen beständig ganz ungeniert, während das kleinste ukrainische Handels- oder Fischereifahrzeug von den Rumänen beschossen wird. Das Vorgehen der rumänischen Behörden in Liman (Mündung) ist nicht nur eine ganz offenkundige Verletzung der selbstverständlichsten Voraussetzungen des internationalen Rechtes, sondern es steht auch in krassem Widerspruch zu den vielfach abgegebenen Erklärungen der rumänischen Regierung, daß sie mit Rußland und der Ukraine in Frieden leben wolle. Dieser Stand der Dinge zwingt die Regierungen Rußlands und der Ukraine, formell die sofortige Entfernung aller Kriegsschiffe aus dem Dnjestermündungen zu fordern und zu erklären, daß das Erscheinen rumänischer Monitore und anderer Kriegsfahrzeuge an diesen Orten als feindliche Handlung angesehen werden wird, gegen welche notwendigen Maßnahmen zum Schutze unserer Schiffahrt getroffen werden. Die russische und die ukrainische Regierung halten die unverzügliche Regelung der Schiffahrt im Dnjestermündungen für sehr dringend und wichtig und schlagen daher der rumänischen Regierung vor, eine gemischte Kommission, bestehend aus Vertretern der drei Staaten aufzustellen, welche den Status für den Dnjester-Liman und die Bestimmungen für die Schiffahrt ausarbeiten sollen.

(gez.) Der Volkskommissar der russischen Sowjetrepublik für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin.
Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen Sowjetrepublik Rakowskij.

Der Lügenfeldzug gegen Sowjetrußland.

London, 13. April 1921.

Die russische Handelsdelegation in London veröffentlicht eine amtliche Erklärung über die angeblichen Instruktionen der Dritten Internationale an die russischen Missionen im Auslande, die in einigen englischen Blättern abgedruckt wurden. Die Delegation stellt fest, daß es sich um eine böswillige und grobe Fälschung handelt, die für jeden, der mit den Verhältnissen in Sowjetrußland einigermaßen bekannt ist, durchsichtig ist. Die „Instruktionen" sind geradezu grotesk und sprachlos. Sie sind von M. Bucharin und einem gewissen B. Bergin, „im Namen des Exekutivkomitees der Dritten Internationale" unterzeichnet. Nun gibt es keinen Bergin, nur einen Berzin, der ist aber auch kein Mitglied des Exekutivkomitees, sondern Vertreter Sowjetrußlands in Helsingfors. Die dritte Unterschrift „Radek-Beltman" soll sicherlich Pankratisch-Beltman heißen. Er ist noch dem gefälschten Dokument „revolutionärer Diktator des Nationalen und der Propaganda im Osten".

Pankratisch hat nie ein derartiges Amt bekleidet. Noch nun zeichnet ein gewisser „Bogoryelow". Einen Menschen dieses Namens kennen die Mitglieder der Handelsdelegation überhaupt nicht und es ist sicher, daß es überhaupt keinen Sowjetbeamten dieses Namens gibt.

Während der „Daily Telegraph" dieses Dokument als eine Instruktion an die russische Mission in Konstantinopel veröffentlicht, bringen es die „Times" als eine Instruktion an alle Handelsdelegationen, insbesondere an die Delegation in England.

Ein Paragraph der angeblichen Instruktion sagt, daß die russische Handelsdelegation mit Ausgaben nicht sparen soll, immer in den besten Hotels wohnen, große Diners geben muß usw. Die beste Antwort dafür ist die Bekanntmachung der Delegierten in London, die vielen englischen Gutsbesitzern und Abgeordneten bekannt sein dürfte.

Flottenkonzentrierungen im Stillen Ozean.

„Pravda" meldet aus Tschita: Aus amerikanischen Quellen wird berichtet, daß Japan durch die Okkupation von Nordsachalin und die Kontrolle über Ostsibirien im Fernen Osten eine vorherrschende Stellung einnimmt, was die Vereinigten Staaten zu einer gründlichen Revision ihrer maritimen Politik zwingt. Aus nahgelegenen Kreisen verlautet, daß ein Befehl zur Konzentrierung der gesamten Flotte der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean erlassen wurde. Durch einen Befehl des japanischen Kommandanten von Sachalin wird eine Mobilisierung sämtlicher Verkehrsmittel angeordnet.

Die Bauernschaft u. die Sowjetmacht.

Von J. Stekkom.

Daß die kleinbürgerlichen Elemente eine große Gefahr für die Diktatur des Proletariats, besonders in einem solchen rückständigen Lande wie Rußland, bilden, das hatten wir vom ersten Tage der Oktoberrevolution an vom klar vor Augen. Aus der Erkenntnis dieser Gefahr ist unsere Verständigungspolitik mit den breiten Massen der werktätigen Bauern zu verstehen, deren Richtigkeit durch die Erfahrung der russischen „Revolution bestätigt worden ist. Mit dem Uebergang zum friedlichen Aufbauwerk hat diese Gefahr nicht nur nicht abgenommen, sondern sich verstärkt. Das verstehen wir, das ziehen auch unsere Feinde in Rechnung. Die Gegenrevolutionäre spekulieren jetzt auf die Gegensätze zwischen den Kleinbesitzerinstinkten der Bauernschaft und der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse. Die Feinde der Sowjetmacht behaupten richtig vom ihrem Standpunkte aus, daß die natürliche soziale Form für die Massen der bäuerlichen Kleinbesitzer die bürgerliche Demokratie ist. Sie haben die Hoffnung aufgegeben, daß die früheren herrschenden Klassen die Macht mit eigenen Kräften zurückgewinnen werden und sind nun gezwungen, alle ihre Hoffnungen auf die Bauernschaft und auf den unvermeidlichen Konflikt mit dem Arbeiterstaat zu setzen, und beeilen sich, die Maske der „Demokraten" anzulegen. Auf diese Weise kam die neue Koalition der Kadetten mit den Sozialrevolutionären zustande, so entstand der neue Kampf

sam gegen die Sowjetmacht, der ihre Sperrung von innen heraus im Auge hat.

Doch die militärische Stimmung der breiten Bauernmassen gibt für die zaghaften Bestrebungen der Sozialrevolutionäre gar keinen Anlaß. Zu ihrem kläglichen Ende die bürgerliche Demokratie unter den heutigen russischen Verhältnissen allzu eng mit der feudal-bapitalistischen Reaktionäre verbunden, in die sie schnell umschlägt. Die Bauernschaft begreift das allzugut und deshalb geht sie trotz all ihrer Unzufriedenheit mit den neuen Maßnahmen der Sowjetmacht in kein Bündnis mit den Sozialrevolutionären gegen die Sowjetmacht ein. Hinter den sozialrevolutionären Demokraten steht sie hier den weißgardistischen General und verhält sich gleich mißtrauisch den beiden gegenüber. Das hat sie die Erfahrung des Bürgerkrieges beigebracht und die erhaltene Lehre hat sich im Kopfe des Bauern stark festgesetzt.

Mit Ausnahme von einzelnen Banden und konterrevolutionären Elementen kann die Bauernschaft im allgemeinen gegenüber der Sowjetmacht als loyal angesehen werden. Gleichzeitig die Weißgardisten entschieden ab, folgt nicht den Sozialrevolutionären und erkennt die Sowjetform als die den Bauernsinteressen am meisten entsprechende Staatsform an. Allerdings spricht sie sich für das korrigierte und verbesserte Sowjetsystem aus, d. h. unter möglichster Beteiligung der Bauern besonders unsymmetrischen Seiten dieses Systems. Da sie aber sonst auf der Sowjetplattform steht, so kann man mit ihr auf diesem Boden ins Reine kommen, besonders nach den Beschlüssen des 7. und 8. Sowjetkongresses, die zweifellos den breiten Arbeiter- und Bauernmassen entgegenkommen.

Die Bauernschaft fürchtet jedoch die gewaltsame Kommunisierung ihrer Wirtschaft und tritt gegen einige Maßnahmen der Sowjetmacht auf, die besonders stark ihre Interessen und Gewohnheiten als einer Kleinbesitzerklasse im Mittelbauchtal ziehen. Was die gewaltsame Kommunisierung betrifft, so sind in dieser Beziehung die Befürchtungen der Bauernschaft in bedeutenden Maße zerstreut und von dem taktischen Verhalten der lokalen Sowjetvertreter hängt es ab, sie endgültig aus der Welt zu schaffen. Das Mißtrauen, mit dem die Bauern zu manchen Orten das jetzige Gesetz von den Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft als auch die Instruktion über die Naturalsteuer aufnahmen, bestarb im bedeutenden Maße auf dieser Beschränkung. Gegen die Lebensmittelaufbringung waren die Bauern da und dort geneigt als einen Ausdruck des Bestrebens der Sowjetmacht zu betrachten, die selbständige Wirtschaft der Kleinbauern durch die Zwangskommune zu ersetzen. Gegen Ende besteht darin das Haupt- und Grundmißverständnis zwischen der Bauernschaft und der Sowjetmacht, und sobald dieses Mißverständnis endgültig aus der Bauernseele entfernt sein wird, werden die Bauern leichter jene Lasten zu tragen haben, die ihnen notwendigerweise in Form der verschiedenen Abgaben und Pflichten auferlegt werden. Denn die Bauernschaft, besonders die von Großrußland, ist zweifellos mit dem Staatsbewußtsein erfüllt und begreift die Notwendigkeit der persönlichen Opfer in gesamtstaatlichen Interessen.

Doch ist sie nicht immer mit jenen Formen zufrieden, in denen sie ihre Verpflichtungen zu erfüllen hat. Zu besonderen ist die Bauernschaft mit der Lebensmittelaufbringung unzufrieden. Sie ist keineswegs abgeneigt, einen gewissen Teil ihrer Arbeitsprodukte zugunsten der Gesellschaft abzuliefern, sie wünscht aber über den noch der Erfüllung der ihr auferlegten Pflicht übrigbleibenden Rest frei verfügen zu können. Durch die Einführung der staatlichen Naturalsteuer an Stelle der Zwangsablieferung wird die Sowjetmacht zweifellos den innigsten Wünschen der breiten Bauernmassen entgegenkommen. In der gegenwärtigen Uebergangsperiode muß vorläufig das Interesse Rechnung getragen werden, die bei den gegebenen Zustand der Produktivkräfte und bei den gegebenen Stand des gesellschaftlichen Bewußtseins sogar eine positive Rolle spielen werden und zu den Erfolgen der Landwirtschaft beitragen können. Von diesem Standpunkt aus wird die Erhebung der Lebensmittelablieferung durch die Naturalsteuer die Beseitigung solcher unerwünschter Erscheinungen beschleunigen, wie die in der letzten Zeit wahrgenommene Verringerung der Saaten, schlechter Bodenbearbeitung, Uebergang von hohen zu niederen Pflanzenkulturen usw.

Auf diese Weise verspricht die geplante neue Maßnahme positive Resultate sowohl auf politischem als auch auf ökonomischem Gebiete. Sie wird zweifellos zur Befestigung der Sowjetmacht beitragen und der Arbeiterklasse die für die Durchführung ihres Programmes günstigsten Bedingungen schaffen. Gleichzeitig wird sie der Gegenrevolution noch mehr den Boden entziehen, die übrigens auch ohnehin unsonst auf die Sympathie der Bauernschaft gerechnet hat.

„Iswestia", 10. März.

Mitteilungen.

Die politischen Betriebe des 14. Vermittlungsbezirks (Neukölln, Britz, Buckow und Rudow) veranstalten am Sonnabend, den 23. April 1921, abends 7 Uhr, in „Alleens Festsälen", Hermannstraße 13—15 (kleiner Saal), eine Verstärkung des Stückes:

„Die Kanaille"

Schauspiel von Irung Jung in 4 Akten.

Mitglieder des Proletarischen Theaters haben Eintritt gegen Mitgliedsbücher, Erwerbung der Mitgliedschaft an der Kasse.

13. Bezirk: Charlottenburg. Die gemaßregelten K. A. P.- und V. O.-Genossen melden sich Montag, den 18. April, morgens 9 Uhr, im Zimmer des Arbeitslosenrats, Bismarckstr. 61, zwecks Zahlung von Unterstützung. Rote Hilfe.

9. Bezirk (Neukölln):

Freitag, den 22. April 1921, abends 7 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

in der Schulaula Kaiser-Friedrich-Str. 206.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder bringend notwendig. Die Bezirksleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Stahl, Berlin.
Verlag: Komm. Arb.-Partei Deutschlds. Druck: F. Moll, Berlin.

Kommunistische Literatur.

Marx: Das Kapital (Ausg. von Julian Borchert)	Mark 15.—
— Der Bürgerkrieg in Frankreich (Frankes Verl.)	„ 2.50
— Die Klassenkämpfe in Frankreich (1848—1850)	„ 4.40
— Marx Breyter	„ 7.70
— Kommunistische Manifest (Mit Vorrede von Marx, Engels und Kautsky)	„ 2.50
Engels: Grundsätze des Kommunismus	„ 1.65
— Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie bis zur Wissenschaft	„ 2.75
— Politisches Vermächtnis	„ 3.—
— Ein Lebensbild zu seinem 100. Geburtstage	„ 6.60
— Der deutsche Bauernkrieg	„ 5.—
— Vergessene Briefe	„
Kautsky: Die historische Leistung von Karl Marx	„ 2.20
— Der Weg zur Macht	„ 6.60
— Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution	„ 6.60
— Die soziale Revolution	„ 4.40
Lassalle: Offenes Antwortschreiben	„ 2.75
— Arbeiter-Programm	„ 2.20
— Lassalles Brevier (Breviere d. Sozialismus III)	„ 11.—
Ed. David: Reformistenführer	„ 4.60
Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky	„ 1.50
— Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats	„ 1.20
— Sowjetrußland und Polen	„ 1.20
— Die große Initiative	„ 1.—
— Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht	„ 1.50
— Staat und Revolution	„ 2.—
— Der Radikalismus und die Kinderkrankheit des Kommunismus	„ 2.50
Trotzki: Die russ. sozialistische Rote Armee	„ 3.50
— Wirtschaft in Sowjetrußland und Westeuropa	„ 3.—
— Krieg und Internationale	„ 2.—
— Die Oktober-Revolution	„ —
Bela Szanto: Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn	„ 6.50
W. Newski und **S. Rawitsch:** Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland	„ 1.—
J. Karski (Marschlewski): Was ist Bolschewismus?	„ .40
— Polen und die Weltrevolution	„ 1.—
Losowsky: Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften	„ 1.20
Kisselieff: Die Gewerkschaftsbewegung der Bergarbeiter in Sowjetrußland	„ 1.25
Münzenberg: Der Kampf und Sieg der Bolschewiki	„ .60
H. Brandler: Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen	„ 4.—
Pannekoek: Weltrevolution und Kommunistische Taktik	„ 3.—
— Die jüngsten Beschlüsse der Bolschewiki	„ 2.—
— Marxismus und Darwinismus	„ 2.50
Arthur Ransome: Sechs Wochen in Sowjet-Rußland	„ 2.50
Rosenberg: Hinter den Kulissen der russischen Konterrevolution	„ 1.—
Plechanow: Anarchismus und Sozialismus	„ 5.50
N. Bucharin: Vor Sturze des Zarismus bis zum Sturze der Bourgeoisie	„ 1.80
— Programm der Kommunisten (Bolschewiki)	„ 2.50
F. Holle: Die völkerrechtliche Unverletzlichkeit der Gesandten	„ 9.60
E. Mühsam: Dem Andenken Gustav Landauers 1919	„ .50
W. Carlé: Das Dreikinsengesetz gegen die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen	„ 1.20
Rühle: Revolution ist keine Parteisache	„ .80
— Das Kommunistische Schulprogramm	„ 6.—
Eugen Debs: Der sozialistische Industrie-Unionismus	„ 2.—
Daniel de Leon: Die Prinzipienerklärung der I. W. W.	„ 4.—
— Die Prinzipienerklärung der I. W. W. oder Die geschichtliche Bedeutung des sozialistischen Industrie-Unionismus im Sozialisierungsprozeß	„ 4.—

KPD. (Spartakusbund): Spartakusbriefe	Mark 5.—
— Das Zuchthauszeitel gegen Karl Liebknecht	„ 3.—
Rosa Luxemburg: Die Krise in der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre)	„ 1.50
— Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis	„ 6.50
Radek: Deutschland und Rußland	„ —.30
— Die Internationale Lage und die äußerste Politik der Räterepublik	„ —.40
— Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat	„ —.40
— Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage	„ —.40
Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches: Politik der Räterepublik	„ 3.—
— Theorie und Praxis der 2½ Internationale	„ 1.80
— Die Masken sind gefallen	„ 1.50
— Lehrkurse zur Geschichte der Kommunistischen Internationale	„ 2.50
G. Sinowjew: Die Tatsachen der Internationalen Arbeiterbewegung	„ 5.50
— Die Weltrevolution und die III. Kommunistische Internationale	„ 1.50
— Vom Werdegang unserer Partei	„ 1.20
— Der II. Kongreß der Kommunistischen Internat.	„ 1.—
— Die Rolle der Kommunistischen Partei in der Proletarischen Revolution	„ 2.50
Clara Zetkin: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	„ .40
— Kunst und Proletariat	„ 1.—
Cains: Generalstreik u. Nosko-Eisthad in Berlin	„ .30
L. Heyde: Das Weltarbeiterrecht im Völkerbund	„ .50
Karl Dannenberg: Unsere Mission. Die geschichtliche Bedeutung der Räteschule in der Entwicklung revolutionären Klassenbewußtseins	„ 1.—
— Der Weg zur Macht oder „Die konstruktiven Grundlagen des Sozialismus"	„ 2.—
— Warum die A. A. U.? Revolutionäre Klassenaktion versus Bonzentum	„ 1.—
Eugene von Debs: Der sozialistische Industrie-Unionismus oder „Rückständiger Fachverein" gegenüber revolutionärer Klassensolidarität"	„ 2.—
Wm. E. Trautmann: Eine große Union. Die ökonomische Struktur der sozialistischen Gesellschaft, illustriert an Hand einer Karte, welche die gegenseitigen Beziehungen industrieller Betriebe in der kapitalistischen Welt aufführt, und ihre Rückwirkung auf den sozialistischen Wiederaufbau konstruktiv beleuchtet	„ 3.—
Paul Lange: Die Politik der Gewerkschaftsführer (1919—1919)	„ .40
G. Mayer: Friedrich Engels 1. Band	„ 26.60
— Engels Schriften der Frühzeit	„ 36.60
H. Farwig: Die Pariser Kommune 18. März 1871 (Zum Gedächtnis des 50. Jahrestages)	„ 2.40
Dr. Broh: Entwurf eines Programms der USPD. sowie Kritik des Aktionsprogramms	„ 4.—
Fr. Jung: Proletarier	„ 7.—
— Reise in Rußland	„ 1.50
Verlag der A. A. U.: Die revolutionäre Betriebsorganisation (Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands) Auszüge 1920	„ —.50
— Auszüge 1921	„ 1.—
Sinowjew: Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale	„ 1.—
— Vom Werdegang unserer Partei	„ 1.20
— Die Sowjetmacht und der Offizierstand. Rakowski: Die Seele des Heeres	„ —
Radek: Das dritte Jahr der Kominternen	„ 1.—
— Theorie und Praxis der 2. Internationale	„ 1.—
Antikt: Organisation des Arbeitsmarktes	„ —
Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands	„ .50
Das Exekutivkomitee der III. Internationale und die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlds.	„ 1.20
Wählen oder nicht wählen?	„ —.20
Reise in Rußland. Von Franz Jung	„ 1.50
Vom Werden der neuen Gesellschaft. Von Karl Schröder	„ 1.—

Der Steuerabzug vom Lohn, eine Provokation der höheren Staatsbürokratie. Von Joh. Seemann	Mark —.20
Kampfgesang, revolutionäre Freiheitslieder 1. Auflage	„ —.75
2. Auflage	„ 1.—
Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1. Ausgabe	„ —.60
2. Ausgabe	„ —.50
Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus. Von Hermann Gorter (Holland)	„ 4.—
Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. Manifest des 2. Weltkongresses der III. Internationale	„ 1.—
Offenes Schreiben des Exekutiv-Komitees der 3. Internationale an das Mitglieder der KAPD. sowie Bericht der nach Moskau entsandten Delegation und Antwort an das Exekutiv-Komitee	„ 1.20
Nation und Internationale. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Hamburger Kommunismus. Von Arthur Goldstein	„ 1.20
Aror deutscher Kampel dul Gedichte von Artur Thomas	„ 1.—
Bericht über den Gründungs-Parteitag der KAPD.	„ —.50

Kleine Bibliothek der russischen Korrespondenz.

Nr. 1 A. Schlapnikow: die russischen Gewerkschaften	Mark —.50
Nr. 2 Karl Radek: Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues	„ —.50
Nr. 3/4: Die Beschlüsse des 9. Kongresses der kommunistischen Partei Rußlands	„ 1.—
Nr. 5 L. Trotzki: Sowjetrußland und das bürgerliche Polen	„ —.50
Nr. 6 Prof. N. A. Gredeskul: Betreiben Arbeit (zum Problem der Arbeitsdisziplin)	„ —.50
Nr. 7/10 L. Losowsky: Die Gewerkschaften in Sowjetrußland	„ 2.—
Nr. 11: Churchill als Verschwörer (Golowins Memorandum zu Sasanow)	„ —.50
Nr. 12 A. Bogdanow: Was ist proletarische Dichtung	„ —.50
Nr. 13/14 N. A. Lenin: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht	„ 1.—
Nr. 17 Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiterverbandes	„ —.50
Nr. 18 Die Probleme der Sowjet-Ukraine	„ —.50
Nr. 19/21 N. Bucharin: Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland	„ 1.50
Nr. 23/24: Die Kindgebungen im Jahre 1918	„ 1.—
Nr. 25 Lenin: An die russische Jugend	„ —.50
Nr. 26 W. Posner: Die Elektro-Arbeits-Schule	„ —.50
Nr. 27/28 Antikt: Organisation des Arbeitsmarktes in den ersten zwei Jahren der Sowjetherrschaft	„ 1.—
Nr. 29/30 Rakowski: Die Seelen des Siegers. Sinowjew: Die Sowjetmacht und der Offizierstand	„ 1.—
Nr. 31/32 Radek: Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjetrepublik gegen das Weltkapital	„ 1.—

Zeitschriften.

Proletarier (Erscheint monatlich. Heft 2, 3, 4 noch vorhanden	„ 1.50
Sowjet (Kommunistische Monatsschrift)	„ 2.—
Kommunismus	„ 2.—
Junge Genesse (Internationale Zeitschrift für Arbeiterkinder)	„ —.30
Rote Jugend (Kampforgan der Kommunistischen Arbeiterjugend)	„ —.40
Kommunistische Internationale 1—13	„ —
Russische Korespondenz, Jahrgang I. Bd. I Nr. 4, 6/7 bis 19/20.	„ —
Jahrgang II. Bd. II. Nr. 5/6.	„ —

Außerdem alle andere kommunistische Literatur.

Organisationen und Händler erhalten Rabatt.

Versand nur gegen Nachn. oder Voreinsendung des Betrages. Bei Bestellung der kleinen Bibliothek bitte nur die Nummer anzugeben.

Zu beziehen durch den

Verlag der K. A. P. D., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Ecke Höchststraße.

Nr. 188.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint dreimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Betriebs-Vertrauensleuten für 20 Pfennig pro Nummer. Bei Straßenverkäufern Preis 40 Pfennig.

Redakt. u. Expedi.: Berlin NO. 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49 000. — Verlend nach auswärts: Inter Streifband 7.— Mark monatlich; nach dem Ausland unter Streifband 9.— Mark monatlich.

Der 1. Mai.

Der Tag des Hexensabbaths war er früher einmal. Dieser Bedeutung ist er heute wieder zurück gegeben. Alle werden ihn „feiern", die Sozialisten, die „Bürgerlichen", alles was Demokratie, was Konterrevolution heißt, wird auf dem Plane erscheinen und für und gegen — demonstrieren. Jede Gruppe, jedes Gickpöchen mit einem besonderen Rezept für das „Wohl der Menschheit". Alle Verlegenheiten aus dem Arsenal der bürgerlichen Ideologie, vom „Mit Gott, für König und Vaterland" bis zum „Kampf gegen die Reaktion" werden hervorgekramt und aufs neue hergerichtet, der „Situation" angepaßt werden. Die schwarz-weiß-roten, schwarz-rot-goldenen und die gegenwärtigen roten Fahnen werden im Straßenbild konkurrieren. „Unabsehbare" Menschenmassen von 500 bis 1000 Köpfen werden dabei sein, wenn Redestuten aus bärtigem Munde quellen, die das jeweilige Allheilmittel für diesen „Tag der Verheißung" bergen.

Es ist diesmal aber auch wirklich was „los". Die Entente, der Sieger" im Weltkrieg, hat sich diesen Tag ausersehen für die Androhung neuer „Sanktionen" von so einschneidender Bedeutung, von solchem Ausmaße, daß die deutsche Produktion, wenn sie in Kraft treten, in ihrer Existenz so gut wie vernichtet ist. Da England mit dem Vorvorbeiterstreik, der, trotz des Versagens des Dreibundes, weitergeführt wird, in seiner Haltung Deutschland gegenüber ziemlich beengt ist durch innerpolitische Umspannung, so wird sicher die französische Richtung im Obersten Rat in diesen Fragen (Besetzung des Ruhrgebiets, Abtrennung des industriellen Oberschlesien) siegen. Die Form, in der diese Abtrennung der Produktion der Grundstoffe, der Rohstoffe, vom deutschen Wirtschaftsorganismus erfolgen soll, wird vielleicht erst noch in langwierigen Konferenzen im Laufe des Monats Mai festgelegt werden. Aber der Eintritt der Zwangsmaßnahmen ist für den 1. Mai zu erwarten.

Genug scheint also wohl ausreichend Veranlassung zu bestehen für einen einheitlichen Protestakt der Deutschen gegen diese ungeheuerliche Vergewaltigung ihrer Lebensgrundlage, der deutschen Wirtschaft. Aber dennoch sind wir — man muß schon sagen „wie" — weit entfernt. Zumindest wird man drei Gruppen unterscheiden müssen in Hinblick auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme zu den Ereignissen, die am 1. Mai „demonstrativ" vorwegenommen werden sollen; d. h. drei politische Einstellungen sind in den Schichten der Bourgeoisie und der Sozialisten zu erkennen, nach denen diese Drei-Gruppenbildung vorgenommen wird.

Erstens sind da die extremen Nationalisten, die die „Lösung" der Konflikte nur in einem neuen Kriege sehen wollen. Sie sind in ihrer Haltung durchaus konsequent geblieben und fordern den „Revanchekrieg", das neue 1818. So etwa unter dem Motto: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los", werden sie demonstrieren, mit eisernen und Hakenkreuzen auf ihren schwarz-weiß-roten Fahnen. Da sie aber zumeist Leute sind, die selbst nicht in den Krieg ziehen, da das doch immerhin etwas gefährlich ist, und lieber auf das „Volk" sich zu Führern pflegen in solchen Fällen, so sind sie als ziemlich ungefährlich anzusehen. So leicht kommt kein neuer Kapp-Putsch, kein „Volkskrieg".

Dafür sorgt schon die zweite Gruppe, die der Rohstoff- und Handelsmonopolisten, der Träger des als Machtorganisation herausgebildeten Großkapitals. Deren Haltung ist bestimmt weniger durch reaktionäre (sozialistische) Ideologie vom „Volksstaat", in dem die „Besten" führen (das ist ziemlich ernsthaft die heutige Vorstellung der „Völkischen"), sondern sie ist bestimmt durch das Interesse an dem machtkapitalistischen Ausbau ihrer wirtschaftlichen Herrschaft. Die früheren imperialistischen Weltherrschaftstendenzen haben sie, klug und sehr nüchtern rechnend, in die Richtung der Beherrschung und Aufbarmachung des bürgerlichen Staates für ihre Machtstellung der eigenen Kleinbourgeoisie und Arbeiterschaft umgeleitet, um mit Hilfe dieser sehr starken Position, sowohl wirtschaftlich wie politisch, als gleichberechtigter Faktor in die Reihe der anderen Mächte des Weltkapitals wieder zugelassen zu werden. Diese Gruppe, deren Grundstock etwa der Faktor Stinnes ist, dieser höchst gesteigerte Typ der heutigen Entwicklungsphase des Großkapitalismus, wird zwar gegen den militärischen Charakter der „Sanktionen" ebenfalls demonstrieren; aber ihre (oben gekennzeichnete) Position ist im übrigen nicht nur durchaus gegen kriegerische Verwicklungen, sondern ganz auf Steigerung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht gerade mittels der Sanktionen eingestellt: je weniger der Staatsapparat selbständig operieren kann, je mehr er von Beinflussungen und Begrenzungen durch Entente-Kommissionen abhängt und zum Werkzeug für „Reparationen" wird, desto mehr wird er den Stinnes-Leuten in die Hände kommen, werden diese ihn zum Ausführungsorgan ihrer direkten, mit den Weltkapitals-Interessen gleichgerichteten, Aufträge machen können. (Die „Vollzieaktion" in Mitteldeutschland und ihre Folge, die „Reinigung" der Betriebe von Kommunisten, sind schon deutliche Bemeise für diese Zusammenhänge.)

Die dritte Gruppe, die sich heute bei Tage der Kleinbourgeoisie (soweit diese nicht als Nachläufer im Lager der beiden anderen zu finden ist), und die ab und unabhängige Arbeiterschaft, und ist diesmal verstärkt durch die Träger des alten „Freisinns", die Demokraten. Wenn auch, aus existentiellen Gründen, die Form der Maidemonstrationen dieser merkwürdigen Koalition nicht einheitlich sein wird (die Demokraten haben schwarz-rot-goldene Fähnchen, während die Sozialisten von früher her die rote Farbe beibehalten haben), so haben sie doch gleichen Charakter. Sie glauben an die parlamentarische, demokratische Staatsform und an die Möglichkeit, mittels Mehrheitsbeschlüssen in diesen Parlamenten den „gerechten Ausgleich" in die Erscheinung bringen zu können. Sie glauben gemeinsam an Stimmzettel, an die Wirkung der Propaganda auf ihre Gegner, und sind sich darin gleich, daß sie erwarten, ohne Kampf die Macht des Großkapitals des Weltkapitals einmal brechen zu können. Daß die Sozialisten dabei auf „internationale Solidarität" sich berufen, daß sie sogar vom „Weltfeiertag des sozialistischen Proletariats" reden, will wenig besagen. Die Forderungen, für die sie demonstrieren werden am 1. Mai, sind auch für das „Berliner Tageblatt" durchaus annehmbar, und selbstverständlich. Am 1. Mai wird sich, unter geschickten Reden, die deutsche „Demokratie" ihre Ohnmacht, Mutlosigkeit und konterrevolutionäre Solidarität gegenseitig bekennen und auf die „Reaktion" schimpfen, der sie trotzdem willfährige Helfershelfer allezeit ist. Und ganz eindeutig wird sie die Angst vor „gewaltsamer" Lösung mit den Stinnes-Leuten zusammenschweißen, die jetzt das Tuten aus dem nationalistischen Horn der Hakenkreuzler und Orgesch-Generale als klingendes Echo in die Welt tragen werden. Es lebe die Einheitsfront gegen das revolutionäre Proletariat der Welt: das wird am 1. Mai in diesen Variationen das Thema der Demonstrationen sein.

Und damit dieser Ruf nicht ohne starke Resonanz verhallt, erscheint es zweckmäßig, daß die Kommunisten ihrerseits der konterrevolutionären Front zeigen, daß sie noch da sind; daß sie den Kampf nicht aufgeben; daß alle Niedermetzelungen, alle Verhaftungen und Vergewaltigungen des weißen Terrors nicht vermögen, die Kampfbereitschaft und den Kampfwillen zu brechen. Daß das Ziel des Kampfes mit der klareren Herausbildung der Front der Konterrevolution auch immer klarer wird und näher rückt: die Eroberung des revolutionären Entscheidungskampfes um den Sturz des bürgerlichen Staates, um die Uebernahme der Produktion durch die Arbeiterklasse, um die Aufrichtung der Diktatur des kämpfenden Proletariats. Der Weltfeiertag des Proletariats ist der erste Mai erst dann, wenn dieser Kampf zur Entscheidung gebracht ist. Solange ist er ein Kampftag des Proletariats.

Lehren der Märzkämpfe für die Union.

Die Allgemeine Arbeiter-Union hat ihre Feuerprobe hinter sich. Es erübrigt sich hier, ausführlich zu erläutern, daß sie im Ganzen diese Probe bestanden hat und damit die Notwendigkeit der Union überhaupt, der neuen proletarischen Massenorganisation, erwiesen hat. Wichtiger ist es, über den Weiterbau zu sprechen.

Es war vorauszusetzen, daß Teile (Führer nicht minder wie Massen) verjagen würden. Die Gründe dafür liegen vor allem darin, daß die Union schnell gewachsen ist, ohne den an Fälle, anwachsenden Körper in allen Teilen — man könnte sagen durch Training (d. h. im Kampf) feste Muskulatur werden zu lassen.

Die Auseinandersetzungen während ihres Aufbaues, die munterbrochene Kritik, sich nach allen Richtungen hin abzugrenzen, das (teilweis theoretisch) vorwegnehmende Herausarbeiten der neuen proletarischen Organisationsform, schoben zu Zeiten Kämpfe um Zentralismus und Föderalismus etc. in den Vordergrund, führten einen im hohen Grade rein ideologischen Streit herbei, über dem die Praxis des Aufbaues ein wenig zu kurz kommen mußte.

Die Märzkämpfe haben diese Fehler — die sich im mangelhafter Zusammenfassung, in Disziplinlosigkeiten, in praktischer und theoretischer Unbeholfenheit und das mit in ungleichmäßiger Fähigkeit zur aktiven Solidarität ausdrückten — jedem Unionsgenossen sichtbar gemacht.

Und damit muß in ungeschwächter Kraft zur Durchsetzung folgender Aufgaben in erster Linie Bedacht genommen werden:

Die Revolution, der revolutionäre Kampf, steht näher als alle Sorge um die Organisation.

Es darf keinem notwendigen Kampfe ausgewichen werden, weil die Gefahr besteht, Mitglieder, Ortsgruppen, Bezirke etc. zu verlieren, weil die Zeitungsauflage zurückgehen könnte und ähnliche typisch gewerkschaftliche Gründe mehr.

Immer und überall klare Entscheidungen, niemals der Härte der Dinge ausweichen, nicht Außenstehende zu gewinnen trachten durch Diplomatie, Betrug, Konzessionen, sondern kämpfend, beispiel gebend überzeugen!

Uebernunden werden muß weiterhin jener Kleinglaube, der nach jedem Angriff, der nicht das letzte Ziel erreichte, über die „unreife Bande" herfällt, müde wird, überhaupt nichts mehr erwartet von der Revolution und derartige „Vorbereitungen" für neue Kämpfe verlangt, die letzten Endes den Verzicht auf jeden weiteren revolutionären Kampf überhaupt bedeutete.

Ebenso sehr, wie Utopismus abzulehnen ist, der ein fernes Ziel sofort verwirklichen möchte unter Umgehung des harten Wegs hartkin, ist jener verkehrte Pazifismus am Licht zu ziehen und zu brandmarken, der vom politischen Kampf gar nichts mehr, manches vom Generalstreik, aber das meiste von der „Schulung" der Proletarier erwartet; durch Worte nämlich, nicht durch Taten.

Die Union wird so lange jede Verkleisterung, jedes Kompromißeln mit den Symbikalisten ablehnen müssen, wie Gefahr besteht, mit deren kleinbürgerlicher Ethik und unklaren theoretischen Mischmasch sich selbst zu hemmen statt zu fördern. Rücksichtslos und sofort muß sich die Union reinigen von jenen Elementen, die noch mit den gesetzlichen Räten kokettieren. Hier dürften die Märzkämpfe aller Augen weit aufgerissen haben.

Die nächste Reichskonferenz muß gründliche Arbeit machen. Sie wird sich auch energisch gegen Rühlesche Zellen- und Fraktionsbildungen wenden müssen und erneut die Fragen nach der Notwendigkeit und Selbständigkeit einer politisch-proletarischen Organisation zu prüfen haben. Diese Frage geht weit hinaus über platonische Liebesbezeugungen für die K. A. P. Sie ist grundsätzlich. Sie ist auch ganz unabhängig von der Selbstverständlichkeit, daß die Union immer mehr auf eigenen Füßen gehen lernt.